

Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Haupt-Dresden Nr. 31.202
Tel.-Nr.: Elbgaupresse-Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Chaussee-Dresden, Postfach-Dresden Nr. 606
Post-Konto: Nr. 512 Dresden

Lagezeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (I. und II. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales: Carl Draht, für den übrigen Inhalt: Eugen Werner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Markt, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 4-spaltigen Post-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4-spaltigen Zeile
Dreizehntel, und aller und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schallplattenbogen, Der Deutschesprei beträgt frei ins Haus mit 50 Goldpfennigen.
monatlich 1.20, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich 1.25. Für Adress-Änderung, Anzeigen u. Resten mit Platzverboten und schwierigen Sachverhalten werden mit 50%
Anschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen
Antrag, Einrückung, hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung des Anzeigens
Zeitung u. d. Adress-Änderung, Druck: Clemens Landgraf Radtke, Dresden-Str. 11. Bei
Zwei unv. A. eingekant. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch
Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwortung, bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.
Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
57. Jahrgang

241

Donnerstag, den 15. Oktober

1925

Reichspräsident von Hindenburg in Dresden

Ein Tag ohne Vollziehung

Die ursprünglich auf Mittwoch nachmittag 5 Uhr angesetzte Vollziehung der Konfession wurde mittags abgesetzt. Statt dessen verbrachten die Juristen Gaud, Rollin und Promagot den ganzen Nachmittag mit der Arbeit an der angeforderten Formulierung der Schiedsgerichtsverträge.

Der Druck des französischen Militärs

Nach der „Börse“ ist in Berlin bekannt geworden, daß die französischen Delegierten in Locarno aus Paris in folgendem Sinne orientiert worden seien:

Sollte die französische Delegation bei den Verhandlungen mit den Deutschen, besonders in Bezug auf die deutschen Forderungen wegen der Rheinlands-Räumung, Erfolge erzielen, so könnten, als den französischen militärischen Interessen annehmlich, so müßte die französische Delegation damit rechnen, daß unter der Führung des Marschalls Foch die leitenden Militärschritte eine Aktion gegen die französische Delegation unternehmen.

Römisches Räumung eine Selbstverständlichkeit

Die „Römisches Volkszeitung“ wendet sich heute gegen die Räumung der Kölner Zone als vollwertige Gegenleistung für den Abschluß eines Sicherheitspaktes anzusehen. Sie schreibt darüber u. a.: Selbstverständlich lehnen wir bei dem Tag herbei, von Köln und das nördliche Rheinland frei werden, aber wir denken nicht daran, die Bekehrung der engeren Heimat, die wir auf Grund des Rechts, das uns die völkergene Entlassung gibt, zu fordern haben, wie ein Geschenk der Großmut, das alles andere anzuweisen könnte, entgegenzunehmen, und seine Weitergabe die gerechten Forderungen des übrigen Rheinlandes und Gesamtdeutschlands in Gefahr zu bringen. Nicht für die Räumung der Kölner Zone kann es eines Sicherheitspaktes bedürfen, sondern für alles rheinische Land, das ohne bindende Zusicherung der Westmächte weiter einer harten und ungewissen Zukunft entgegensteht. — In schiedsgerichtlichen Verhandlungen zu der Politik friedlicher Eintracht freier und gleichberechtigter Völker, die von Locarno ausgehen sollte. Wer den Frieden ernstlich will, muß dafür sorgen, daß der Riß geschlossen wird.

Ruhige Beurteilung in Berlin

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Trotz der überaus beunruhigenden Meldungen, die über den kritischen Stand der Verhandlungen von Locarno in der Reichshauptstadt vorliegen, ist bei den Berliner Regierungsstellen keine Spur von Nervosität zu beobachten. Man hat die Schwierigkeiten, die bei der Behandlung der Ostfragen und des Garantiefproblems nunmehr aufgetreten sind, längst vorausgesehen, und man ist auch jetzt noch der Überzeugung, daß es dem Einfluß Polens und der Tschechoslowakei nicht gelingen wird, den ganz unmöglichen Standpunkt der einseitigen Garantieleistung Frankreichs durchzusetzen. Nachdem Staatssekretär Dr. Kempner Gelegenheit hatte, dem Berliner Ministerrat einen klaren Bericht über den Stand der Verhandlungen zu geben, herrscht in den politischen Kreisen das Bewußtsein vor, daß die deutsche Delegation in Locarno

Die Position Deutschlands mit bewundernswürdiger Fähigkeit verteidigt

hat, und daß gar kein Grund dazu vorliegt, an die Gefahren einer teilweisen Preisgabe des deutschen Standpunktes zu glauben, die von einigen voreiligen Berichterstattern an die Hand gemalt worden sind. Der Kampf der Meinungen heftet immer noch im Stadium des entscheidenden Höhepunktes, und es läßt sich von Berlin aus einigermaßen übersehen, daß die Stellung der deutschen Unterhändler trotz der vielfachen Zwischenfälle und Intrigen absolut nicht geschwächt ist.

Staatssekretär Dr. Kempner, der inzwischen die Rückreise nach Locarno angetreten hat, dürfte voraussichtlich dem Reichskanzler Dr.

Die Begrüßung durch die sächsische Regierung

Die „Sächsische Staatszeitung“ schreibt an ihrer Spitze als regierungsamtsche Auslassung: „Dem Reichspräsidenten zum Gruß“ —

Wenig mehr als sechs Jahre sind verstrichen seit dem 1. September 1919, da das erste gewählte Oberhaupt des neuen deutschen Reiches, Fritz Ebert, nach Dresden kam und der sächsischen Regierung die Versicherung gab, daß auch unter der neuen Verfassung Sachsen stets auf eine gedeihliche Weiterentwicklung und Förderung durch das Reich werde rechnen können. Der jetzige Besuch des Reichspräsidenten von Hindenburg erhält eine besondere Bedeutung dadurch, daß er der erste Präsident ist, der sein Amt auf Grund des Artikels 41 der Reichsverfassung durch die vom ganzen Volke vollzogene Wahl empfangen hat.

Als den Hüter dieser Verfassung, die gewissenhaft zu wahren und zu erfüllen er vor dem Reichstag am 12. Mai d. J. geschworen hat, begrüßen wir den Reichspräsidenten von Hindenburg. Wir grüßen in ihm gleichzeitig den allezeit pflichtbewußten und pflichtgetreuen Mann, der am 10. November 1918, als das alte Deutschland zusammenbrach, auf seinem Posten verharrte und sich den Volksbeauftragten zur Verfügung stellte, um die zurückstehende Deere möglichst ge-

ordnet in die Heimat zu bringen. Daß der Herr Reichspräsident diesen Beschluß damals gefaßt und durchgeführt hat, ist ein Verdienst, das ihm niemand wird bestreiten können.

Es war ein wirklich großer Entschluß. Der Gedanke an Einaut und Volk siegte bei ihm über manche schwere Bedenken, die ihm aus der Tradition und seinem politischen Bekenntnis erwachsen sein mögen. Dasselbe hohe Verantwortungsgesühl ließ ihn auch vor wenigen Monaten das Amt des Reichspräsidenten annehmen.

Schwere Zeiten sind über Reich und Volk dahingegangen. Dem politischen Zusammenbruch und einem unerhörten rüchenden Gewaltfrieden folgte ein wirtschaftlicher Niedergang, der bis an den Rand des Abgrundes führte und sich dem stark industrialisierten Sachsen mit seiner dichten Bevölkerung am schwersten fühlbar machen mußte. Aber mit Energie und Fähigkeit hat sich unser Volk wieder aufgerafft. Dem Herrn Reichspräsidenten wird der Versuch — so kurz er auch sein kann — die Ueberzeugung gewinnen lassen, daß man

im Sachsendland tren zum Reiche hält und alles daran setzt, um Deutschland wieder zur alten Größe und zum alten Ansehen in der Welt emporzuführen. Großmächte zu hintertreiben. Die Folgen, die sich aus einer solchen Situation ergeben, haben sich die alliierten Regierungen anzuschreiben, nachdem sie nicht genügend Stärke bewiesen, die östlichen Mächte bis zur Einigung der Westmächte von den Verhandlungen fernzuhalten.

Der Minderheitenkongreß in Genf

Am Mittwoch eröffnet worden. Auf diesem Kongreß finden sich die unterdrückten Völker zusammen, um gegen ihre Vergewaltigung zu protestieren und durchgreifende Schutzmaßnahmen für die Rechte der nationalen Minderheiten zu fordern. Deutschland wird auf diesem Kongreß eine führende Rolle zu spielen haben, da die in allen Teilen Europas unter Fremdherrschaft lebenden Deutschen wohl in der brutalsten Weise vergewaltigt und in ihren Rechten benachteiligt werden. Wenn auch wenig Hoffnung vorhanden ist, daß die Gewalttäter sich durch die Beschlüsse eines solchen Kongresses zu mittelbar beeinflussen lassen, so haben diese Beschlüsse doch eine nicht zu unterschätzende moralische Wirkung, aus der mit der Zeit auch praktische Wirkungen zu entstehen vermögen.

Raum durchführbar!

Der frühere Reichskanzler in Berlin, Gerard, hielt vor dem Presseklub in Genf eine Rede, in der er u. a. erklärte, auf Deutschland habe bisher noch nicht der äußerste Druck eingewirkt. Die wirkliche Probe sei erst im nächsten Jahre zu erwarten, wenn Deutschland den Vertrag machen wird, die Rahmen, die ihm durch den Dawesplan auferlegt sind, zu befolgen.

Ein neues Schandurteil

General der Infanterie Dr. von Bahrfeldt, der zur Zeit als Honorarprofessor an der Kaiserlichen Universität in Bern wirkt, und der sich als Münzforcher einen internationalen Ruf erworben hat, ist vom belgischen Kriegsgericht in Mons wegen Verstoßes, Brandstiftung und qualifizierten Diebstahls in contumaciam zum Tode verurteilt worden.

Die Kolonialschuldfrage

Von Dr. Paul Rohrbach.

Der koloniale Gedanke ist heute in Deutschland lebendiger als je. Koloniale Veranstaltungen haben mehr Zulauf als vor dem Kriege, namentlich von solchen Besuchern, deren Interesse frei ist von „offizieller“ Einstellung zur Sache. Auch auf der geographischen Seite wird dauernd von den deutschen Kolonien geredet. Der letzte Londoner Versuchsbalkon war bezeichnend genug. Es wurden unverbindlich ein paar koloniale Fäden als Prämie für unseren beschämigten Eintritt in den Völkerbund angeboten. Als das aber in Deutschland auf einmütige Ablehnung traf, hieß es: wir denken ja gar nicht daran, kolonialpolitische Anerbietungen zu machen!

Am unruhigsten ist man, was das Kolonialthema betrifft, nicht in England, sondern in Frankreich. Dort fürchtet man den deutschen Drang nach Tätigkeit und Ausdehnung und möchte ihn auf ein für die Franzosen ungefähliches Gebiet ablenken. Für die Abtretung Ostpreußens an Polen, des Saargebietes an Frankreich und den Verzicht auf den österreichischen Anschluß wurde uns einmal in französischen Zeitungen die Rückgabe von Kamerun und dazu noch Madagaskar angeboten. Noch vor kurzem sagte der Vizepräsident der französischen Kammer, Quinson, Deutschland werde seinen finanziellen Verpflichtungen nur nachkommen können, wenn es durch Rückgabe der Kolonien ein genügendes Absatzgebiet befäme.

Wir brauchen nicht mehr daran zu erinnern, daß in dem fünften von Wilsons 14 Punkten eine „freie, weisliche und unbedingt unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche“ zugesagt war. Als wir dann die Friedensbedingungen von Versailles in der Hand hielten und an diese Auflage erinnerten, bekamen wir die heuchlerische Antwort, Deutschlands Verlangen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation sei so deutlichutage getreten, daß es unmöglich sei, 13 bis 14 Millionen Eingeborene von neuem einem Schicksal zu überlassen, von dem sie durch den Krieg befreit worden sind“.

Das war gelogen, und niemand wußte besser als die Lügner selber, wie sehr sie logen. Eine Frage aber blieb dabei übrig, die Regierungen und Nationen, die im Kriege gegen Deutschland als „Alliierte und Assoziierte“ zusammenstanden, England voran, haben sich doch früher nicht die Mühe gegeben, das Einlecken von Kolonialbeute erst noch moralisch zu begründen. Was man erbeutet hatte, nahm man, und damit gut. Sie hätten sich auch diesmal nicht geniert — aber Wilson, von dem man nicht weiß, ob er besser ein heuchlerischer Schulmeister oder ein schulmeisterlicher Heuchler genannt wird, hatte ihnen einen „moralischen“ Klop an Bein gebunden.

Am Juni 1919, gleichzeitig mit dem Versailleser Diktat, veröffentlichten die „Stimmen der Vernunft“ in Bern ein Dokument zur Vorgeschichte des Friedens, das so gut wie nirgends beachtet worden ist, obwohl es für die Kolonialfrage höchst wichtig ist. Es handelt sich um einen brüderlichen Aufruf, den Wilsons damaliger Berater, Oberst House, im Oktober 1918 von Lyon nach Washington schickte. Darin war von der Freiheit der Meere, von Wirtschaftsfrieden, Abrüstung, Völker-